

Gemeinderatsitzung am 24.02.2025 Pressebericht

1. Heizung Wohnhaus Kirchberg 11 - Grundsatzentscheidung und weitere Vorgehensweise

Im Wohnhaus Kirchberg 11 in Böbingen müssen die veralteten Einzelgasthermen aus dem Jahr 1996 ersetzt werden. Eine Therme ist bereits defekt, sodass aktuell zwei Haushalte über eine gemeinsame Anlage versorgt werden. Da Ersatzteile nicht mehr verfügbar sind, ist eine Reparatur ausgeschlossen.

Angesichts der gesetzlichen Vorgaben und der Notwendigkeit einer nachhaltigen Lösung wurden verschiedene Alternativen geprüft. Eine Erneuerung der Einzelgasthermen wäre nur eine Übergangslösung, da das Gebäudeenergiegesetz (GEG) ab 2024 vorschreibt, dass binnen sieben Jahren ein Heizsystem mit mindestens 65 % erneuerbaren Energien realisiert werden muss.

Als zukunftsfähige Optionen werden eine zentrale Hybridheizung (Wärmepumpe mit Gas) sowie eine Pelletheizung untersucht. Auch eine vollständige Umstellung auf eine Wärmepumpe wird geprüft, abhängig vom Stromverbrauch. Eine PV-Anlage zur Unterstützung wäre grundsätzlich sinnvoll, erfordert jedoch zuvor eine Dachsanierung, da das Dach in einem schlechten Zustand ist.

Die Gemeindeverwaltung strebt eine Umsetzung ohne externe Fachplaner an, um Kosten zu sparen. Das Vergaberecht erlaubt ein vereinfachtes Ausschreibungsverfahren, wodurch der Prozess beschleunigt werden könnte. Bürgermeister Stempfle betont, dass die Entscheidung nicht nur ökologischen, sondern auch wirtschaftlichen Kriterien folgen muss.

Die finale Auswahl des Heizsystems soll unter Berücksichtigung aller Faktoren, insbesondere der maximal verfügbaren Fördermittel, zeitnah getroffen werden. Die Entscheidung über das Heizsystem wird an den Technischen Ausschuss delegiert, der sich in seiner Sitzung am 02. April 2025 vor Ort mit einem regionalen Heizungsbauer mit den unterschiedlichen Heizsystemen auseinandersetzen wird.

2. Verabschiedung des Haushaltsplans mit Haushaltssatzung 2025 der Gemeinde Böbingen

Bürgermeister Stempfle eröffnete seine Haushaltsrede mit eindringlichen Worten zur angespannten finanziellen Lage der Gemeinde. Er machte deutlich, dass der Haushaltsplan erhebliche Herausforderungen mit sich bringt und der Ergebnishaushalt nicht ausgeglichen werden kann. Die geplanten Auszahlungen übersteigen die zu erwartenden Einzahlungen, sodass auf bestehende Rücklagen zurückgegriffen werden muss. Hauptursachen dafür sind der Rückgang der Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen, erhebliche Einbrüche bei der Gewerbesteuer, rückläufige Pachteinnahmen sowie eine steigende finanzielle Belastung durch die Kreisumlage des Ostalbkreises. Auch allgemeine Kostensteigerungen, Tarifsteigerungen im öf-

fentlichen Dienst und steigende Personalausgaben belasten den Haushalt zusätzlich. Zukünftig werden Steuererhöhungen notwendig, um die finanzielle Stabilität zu sichern, während kommunale Leistungen reduziert und ausschließlich notwendige Maßnahmen umgesetzt werden können. Der Bürgermeister betonte, dass es sich bei diesem Haushaltsplan um einen Haushalt der Notwendigkeit und nicht der Gestaltung handelt und appellierte an alle, gemeinsam Verantwortung für eine nachhaltige Finanzpolitik zu übernehmen und mit Weitsicht für die Zukunft der Gemeinde zu handeln.

Otto Betz, Fraktionssprecher der „Unabhängigen Bürger“, hob hervor, dass die Gemeinde auch 2024 keine neuen Kredite aufnehmen musste und die Verschuldung weiterhin bei null bleibt. Allerdings werden die finanziellen Rücklagen nahezu vollständig aufgebraucht und das Investitionsvolumen sinkt deutlich. Betz mahnte an, dass angesichts der angespannten Finanzlage ein strafferer Finanzkurs nötig sei. Er betonte, dass Investitionen in Bildung und Klimaschutz trotz finanzieller Engpässe notwendig seien, da sie wichtige Zukunftsaufgaben darstellen. Die Fraktion „Unabhängige Bürger“ stimmte dem Haushaltsplan zu, forderte jedoch zur Jahresmitte ein Zwischenfazit zur finanziellen Lage und eine Klausurtagung mit dem Themenschwerpunkt „Finanzen“.

Manfred Gold, Fraktionssprecher der „Freien Wähler“ zeigte sich besorgt über die finanzielle Lage der Gemeinde. Im Ergebnishaushalt wird ein Fehlbetrag von über 1,6 Millionen Euro erwirtschaftet, und die steigenden Ausgaben durch die Kreisumlage sowie höhere Kosten in den Kindergärten belasten den Haushalt erheblich. Trotz der schwierigen finanziellen Ausgangslage konnte ein genehmigungsfähiger Haushalt aufgestellt werden. Er mahnte jedoch, dass in den kommenden Jahren aufgrund stagnierender Einnahmen und steigender Ausgaben unpopuläre Entscheidungen nötig sein könnten, um die Handlungsfähigkeit der Gemeinde zu erhalten.

Dr. Peter Högerle mahnte trotz der finanziell schwierigen Situation, dass die Gemeinde Böbingen die wichtigsten Aufgaben im Auge behalten müsse. Erfreulich zeigte sich der Fraktionssprecher der Liste „CDU“ über den Erhalt des Seniorenzentrums in der Gemeinde Böbingen und die Sicherung der Daseinsvorsorge. Im Laufe des Haushaltsjahres wird seine Fraktion ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept zur Diskussion in den Gemeinderat einbringen. Nicht vergessen sollte die Gemeinde auch die Belange rund um das Thema Klimaschutz und auch die Ziele, die man sich im Zusammenhang mit der Wärmeleitplanung gesetzt hat.

Trotz aller Herausforderungen und finanzieller Engpässe wurde der Haushaltsplan 2025 mit Haushaltssatzung und der mittelfristigen Finanzplanung mit Investitionsprogramm vom Gemeinderat einstimmig verabschiedet.

3. Neufassung Friedhofssatzung der Gemeinde Böbingen - Vorberatung

In der Gemeinderatssitzung wurde die Neufassung der Friedhofssatzung der Gemeinde Böbingen vorberaten. Die derzeit gültige Satzung stammt aus dem Jahr 2013 und ist seit dem 1. Januar 2014 unverändert in Kraft. Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen und gestiegener Kosten ist eine umfassende Überarbeitung notwendig, die sowohl inhaltliche Anpassungen als auch eine Neukalkulation der Bestattungs- und Grabgebühren umfasst.

Besonders intensiv diskutiert wurden die Ruhezeiten, die für Sargbestattungen auf 25 Jahre und für Urnenbestattungen auf 15 Jahre unverändert festgelegt wurden,

während die Laufzeit für Kindergräber auf 20 Jahre erhöht wurde. Die Einführung der neuen Grabart „Rasenreihengräber“ sowie die Überarbeitung bestehender Kategorien wurden thematisiert, um den veränderten Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden.

Eine wichtige Neuerung betrifft die Einführung einmaliger Gebühren für die Pflege von Rasenreihengräbern und Gemeinschaftsgräbern sowie Gebühren für das vorzeitige Abräumen von Gräbern. Gleichzeitig sollen einige Gebührentatbestände wie der Zuschlag für auswärtige Verstorbene und der Kostenersatz für das erstmalige Verlegen von Trittplatten (zukünftig: Bestandteil der Kalkulation der Grabgebühren) entfallen.

Bürgermeister Stempfle betonte, dass eine fundierte Kalkulation der Gebühren auf Grundlage der nun getroffenen Grundsatzentscheidungen erfolgen kann. Der Gemeinderat wird in den kommenden Sitzungen die Friedhofsatzung beraten und die neuen Gebührensätze festlegen, um die Friedhofsverwaltung nachhaltig und möglichst kostendeckend zu gestalten.

4. Standorte Altkleidercontainer in der Gemeinde Böbingen - Neuorganisation

In der Gemeinderatssitzung wurde über die Neuorganisation der Altkleidercontainer in Böbingen beraten. Hintergrund ist die Entscheidung des Deutschen Roten Kreuzes, zum 31. Januar 2025 alle Altkleidercontainer im Ostalbkreis aufzugeben. Die Gemeinde sucht nun nach einem zuverlässigen Partner für die Aufstellung und regelmäßige Leerung der Container.

Im Austausch mit der GOA wurde bekanntgegeben, dass ab Januar 2025 eine neue EU-Verordnung eine getrennte Sammlung von Textilien vorschreibt, um Wiederverwendung und Recycling zu fördern. Um die Qualität der gesammelten Textilien zu sichern, sollen nur saubere und tragbare Kleidung sowie paarweise gebündelte Schuhe in die Container gegeben werden.

Für Böbingen wurde die Zusammenarbeit mit der Firma RedTex Textile Rohstoffgewinnung aus Göggingen empfohlen, die eine zuverlässige und flexible Leerung der Altkleidercontainer garantiert. Der Gemeinderat begrüßte diesen Vorschlag und plant, an allen bisherigen Wertstoffstandorten die Container der Firma RedTex Textile aufzustellen.

Die ordnungsgemäße und korrekte Entsorgung ist von der Verwaltung in der Zusammenarbeit mit der GOA intensiv zu bewerben.

5. Bekanntgaben/Verschiedenes

- 5.1. Bürgermeister Stempfle gab bekannt, dass der Straßenendbelag auf der B29 ab Ausbauende der 4-spurigen Umfahrung Mögglingen bis zum Igginger Verteiler erneuert wird. Die Bauarbeiten beginnen voraussichtlich ab 04. August 2025 und werden vom RP Stuttgart (Dienstsitz Ellwangen) koordiniert. Obwohl der Verkehr in dieser Zeit über Heubach und auch über Iggingen-Leinzell planmäßig umgeleitet werden soll ist in dieser Zeit mit einem sehr hohen Verkehrsaufkommen zu rechnen. Die Gemeinderäte sprachen sich mehrheitlich für ein Halteverbot entlang der Bahnhofstraße, Mögglinger Straße, Klotz-

bachstraße und in Teilen der Hauptstraße aus. Geprüft werden soll durch das RP Stuttgart außerdem, ob eine Ampelschaltung im Kreuzungsbereich zur Schönhardter Straße notwendig sein wird.

5.2. Bürgermeister Stempfle informierte, dass das Projekt „Mitfahrbänke“ zwischenzeitlich abgeschlossen ist.

5.3. Bürgermeister Stempfle gab die Ergebnisse der Geschwindigkeitsmessungen in der Möglinger Straße und entlang der L1162 bekannt.